

Bern, 30. Juni 2017

An die Medien im Kanton Bern

Medienmitteilung

Entlastungspaket 2018: In der Psychiatrie wird der Grundsatz „ambulant vor stationär“ untergraben

Das Bernische Aktionsbündnis Psychische Gesundheit lehnt die Kürzung der Beiträge für ambulante, tagesklinische, aufsuchende und koordinierende Leistungen entschieden ab. Die Reduktion der Leistungen um 10% ist kurzfristig, langfristig ist mit zusätzlichen Kosten zu rechnen, und steht im Widerspruch zu den definierten Versorgungsgrundsätzen.

Der Grundsatz „ambulant vor stationär“ ist ein unbestrittenes Ziel der Gesundheitspolitik. Die geplanten Leistungskürzungen von 5.203 Mio Franken im nicht-stationären Bereich verhindern die angestrebte Verlagerung von stationären zu teilstationären und ambulanten Leistungen. Man muss davon ausgehen, dass diese Sparmassnahme zu einer Steigerung der Anzahl Einweisungen in die stationäre Psychiatrie führt. Die stationäre Behandlung ist die weitaus teuerste Variante, was zu Mehrkosten führen wird.

Menschen mit psychischen Behinderungen und deren Angehörigen ermöglichen die ambulanten, tagesklinischen und aufsuchenden Angebote einen niederschweligen Zugang zur Versorgung. Diese Angebote haben den Vorteil, dass die Betroffenen nicht aus ihrem Alltag gerissen werden und Erlerntes direkt im Alltag umsetzen können. Aufsuchende Angebote sind deshalb im ganzen Kanton flächendeckend einzuführen. Mobile Equipen, die Menschen in Krisen zu Hause behandeln, verhindern Einweisungen in die Klinik und entlasten Angehörige, Zwangseinweisung können mit Hausbesuchen oft verhindert werden. Darüber hinaus fördert eine ambulante, intermediäre Versorgung die Selbständigkeit und die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit psychischen Erkrankungen.

Die Sparvorgaben des Regierungsrats verhindern die flächendeckende Einführung von aufsuchenden Angeboten im ganzen Kanton. Dies entspricht weder den in der Versorgungsplanung zum Spitalversorgungsgesetz definierten Zielen der Politik noch den Bedürfnissen der Betroffenen und Angehörigen. Das Bernische Aktionsbündnis Psychische Gesundheit wird sich gegen einen Abbau der ambulanten und teilstationären Psychiatrieleistungen zur Wehr setzen und die ParlamentarierInnen über die Bedeutung des Abbaus informieren.

Kontakt für Rückfragen:

Christa Schwab, Verantwortliche Bernisches Aktionsbündnis Psychische Gesundheit, 079 368 63 30

Das Bernische Aktionsbündnis Psychische Gesundheit ist ein Angebot der Kantonalen Behindertenkonferenz Bern und vernetzt Betroffene, Angehörige und Fachpersonen mit dem Ziel, die Politik für die Bedeutung der psychischen Gesundheit zu sensibilisieren und deren Unterstützung für die Weiterentwicklung der Psychiatrieversorgung zu gewinnen. Das Netzwerk des Aktionsbündnisses besteht aus rund 30 Organisationen und Institutionen aus Fach- und Selbsthilfe